

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz

63. Sitzung
22. Januar 2026

Beginn: 09.00 Uhr
Schluss: 12.04 Uhr
Vorsitz: June Tomiak (GRÜNE)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Dr. Michael Efler (LINKE) fragt für seine Fraktion:

„Wie lautet der aktuelle Verfahrensstand zum Thema Bebauung oder Erhalt des Emmauswaldes?“

Staatssekretär Andreas Kraus (SenMVKU) berichtet, dass auf dem Gelände des ehemaligen Friedhofs der Emmaus-Gemeinde die BUWOG Bauträger GmbH als Eigentümerin der Fläche die Errichtung von 600 Wohnungen plane. Der dafür nötige Bebauungsplan – B-Plan – sei seit 1991 in Arbeit und 2011 in zwei Bebauungspläne aufgeteilt worden. Das aktuelle Verfahren sei der Bebauungsplan XIV 286a. Die SenMVKU und Berliner Forsten hätten als Träger öffentlicher Belange Stellungnahmen abgegeben. Berliner Forsten hätten den dort wachsenden Emmauswald als Wald nach Landeswaldgesetz Berlin festgestellt. Dieser Wald sei für die Biodiversität, das Stadtklima und als Erholungsgebiet wichtig.

Das Gesamtinteresse des Landes Berlin sei aber Schaffung von Wohnraum, daher habe die SenStadt nach § 13a Absatz 1 AZG die Zuständigkeit für den B-Plan übernommen und diesen angepasst. Nur der nördliche Teil des Planungsgebiets werde als allgemeines Wohngebiet

festgelegt. Der südlicher Teil solle Wald bleiben. Mit SenMVKU, Berliner Forsten, Bezirk, BUWOG hätten 2025 Gespräche zu Voraussetzungen einer Waldumwandlung stattgefunden. Das Waldgutachten liege derzeit in Entwurfsform vor, da das Bebauungskonzept bezogen auf Frei- und Außenanlagen noch erarbeitet finalisiert werden müsse.

Die aktuelle Entwicklung sei, dass die Eingriffsbilanzierung bei der unteren Naturschutzbehörde seit September/Okttober 2025 vorliege und die untere Naturschutzbehörde kleinere Punkte nacharbeiten werde. – Die notwendigen naturschutzrechtlichen Eingriffe könnten nachweislich kompensiert werden. Das liege daran, dass durch die Waldumwandlung ein Teil der Kompensation auf die forstrechtliche Kompensation entfalle und aus der naturschutzrechtlichen herausgerechnet werde. Dass das südliche Gelände frei bleibe, reduziere den Eingriff deutlich, dafür werde an anderer Stelle ein Hochhaus ermöglicht. Der Bauträger werde festgesetzte Dach- und Fassadenbegrünungen umsetzen. Das sei ein Erfolg der Regelungen und der Dialogverfahren. Durch gute Kompromisse könnten für alle Interessen gute Lösungen gefunden werden.

Dr. Michael Efler (LINKE) fragt nach, wann die für den B-Plan vorgesehene Öffentlichkeitsbeteiligung starte. – Es sei zu bezweifeln, dass die dort geplanten Eigentumswohnungen für das Gemeinwohl sinnvoll seien.

Staatssekretär Andreas Kraus (SenMVKU) wendet ein, dass auch Eigentumswohnungen die Wohnraumsituation in Berlin entlasteten. Es brauche eine Gesamtbetrachtung. – Die Frage zur Öffentlichkeitsbeteiligung müsse schriftlich beantwortet werden.

Linda Vierecke (SPD) fragt für ihre Fraktion:

„Wann startet der beliebte Reparaturbonus, für den im Haushalt 2026/27 1,25 Mio. Euro bereitgestellt worden sind?“

Staatssekretär Andreas Kraus (SenMVKU) erläutert, dass der Reparaturbonus wahrscheinlich im zweiten Quartal 2026 starte. Mit jedem neuen Doppelhaushalt müsse auch die Förderrichtlinie angepasst und dann vom Rechnungshof und der SenFin zur Kenntnis genommen werden. Aufgrund deren Arbeitsbelastung nehme dies Zeit in Anspruch. Die Abwicklung der Anträge zum Bonus erfolge über die IBB Business Team. Die Kosten deren Dienstleistungen reduziere die Bruttosumme von 1,25 Mio. Euro etwas. Derzeit werde ein neuer Vertrag verhandelt.

Linda Vierecke (SPD) fragt nach, ab ob Reparaturkosten, die vor Inkrafttreten der aktuellen Förderrichtlinien aufträten, abgerechnet werden könnten?

Staatssekretär Andreas Kraus (SenMVKU) empfiehlt, Reparaturen erst dann vorzunehmen, wenn die Förderrichtlinien beschlossen seien, um Rechtssicherheit zu haben.

Benedikt Lux (GRÜNE) fragt für seine Fraktion:

„Welche konkreten Schritte unternimmt der Senat, um die erhebliche Rechtsunsicherheit für Bürgerinnen und Bürger im Umgang mit Zu-verschenken-Kisten zu beenden und eine berlinweit einheitliche, rechtssichere Regelung zu schaffen?“

Staatssekretär Andreas Kraus (SenMVKU) stellt klar, dass es keine Rechtsunsicherheit gebe. Sobald der Besitzer sich eines Gegenstandes entledigen wolle, sei die Definition von Abfall nach § 3 KrWG erfüllt. Daher sei dies schon immer eine Ordnungswidrigkeit gewesen. Gegebenenfalls sei auch eine Sondernutzungserlaubnis nötig. – Demgegenüber stehe der Gedanke der Weiternutzung, was die SenMVKU grundsätzlich auch mit Maßnahmen unterstütze. Auch das Ordnungsamt gehe mit Ermessen vor. Es gebe aber offensichtliche Fälle von nicht mehr nutzbaren Gegenständen, die im öffentlichen Land abgestellt werden, um den Aufwand der Entsorgung zu vermeiden.

Benedikt Lux (GRÜNE) kritisiert, dass dies eine bevormundende Verbotspolitik des Senats sei. Wie unterstütze der Senat dann die freie Selbstorganisation der Bürger, um Gegenstände weiterverwenden zu können?

Staatssekretär Andreas Kraus (SenMVKU) weist hin, dass mit den Kieztagen, dem Reparaturbonus und anderen Angeboten bereits Unterstützung geleistet werde, was auch mit Öffentlichkeitsarbeit flankiert werde. Die Schulung der Beamten vom Ordnungsamt diene der Vermittlung des neuen Bußgeldkatalogs und Sensibilisierung für Augenmaß bei Einzelfallentscheidungen.

Alexander Bertram (AfD) fragt für seine Fraktion:

„Wie ist der aktuelle Ermittlungsstand zu den illegalen Baumfällungen im Grunewald im Jahr 2025?“

Staatssekretär Andreas Kraus (SenMVKU) antwortet, dass die SenMVKU keine neuen Erkenntnisse habe. Die Ermittlungen zum Aktenzeichen 3007OJs33379/24 der Staatsanwaltschaft seien noch in Gang.

Alexander Bertram (AfD) fragt nach, wie der Senat plane, gegen illegale Baumfällungen vorzugehen.

Staatssekretär Andreas Kraus (SenMVKU) führt aus, dass die SenMVKU konsequent gegen illegale Fällungen vorgehe. Sei Wald der Berliner Forsten betroffen, würden Verfahren eingeleitet. Bei Fällungen ohne Fällgenehmigung auf privaten Grundstücken werde die SenMVKU auch aktiv, wenn die Fälle gemeldet würden.

Christian Zander (CDU) fragt spontan, ob dem Senat bekannt sei, dass die Leerung von Altglascontainern in vielen Bezirken nicht mehr funktioniere. Wie könne dies gelöst werden?

Staatssekretär Andreas Kraus (SenMVKU) erläutert, dass für die Leerung der Altglascontainer das Duale System zuständig sei. Das mit der Leerung beauftragte Unternehmen Karl Meyer Rohstoffverwertung GmbH sei von REMONDIS GmbH übernommen worden. Beschwerden würden an das Duale System weitergeleitet. Eine Kontaktaufnahme der Abgeordneten könne ebenfalls hilfreich sein.

Christian Zander (CDU) fragt nach, ob das Problem auf die Unternehmensübernahme zurückgehe. Wie reagiere das Duale System auf die Beschwerden?

Staatssekretär Andreas Kraus (SenMVKU) führt aus, dass es noch keine Antwort auf die jüngsten Meldungen gegeben habe. Grundsätzlich hätten Verbraucher bereits für die Entsorgung bezahlt und hätten einen vertraglichen Anspruch auf eine regelmäßige Entsorgung. Kurzfristige Ausfälle könnten vorkommen, aber bei länger andauernden Problemen, müsse das Duale System Abhilfe schaffen

Der **Ausschuss** schließt die Aktuelle Viertelstunde ab..

Punkt 2 der Tagesordnung

Bericht aus der Senatsverwaltung

Staatssekretär Andreas Kraus (SenMVKU) berichtet, dass die 100. Grüne Woche stattfindet. Diese sei ein internationales Großereignis und stehe für den Dialog zwischen Politik, Verbänden und Verbrauchern. Die Messe habe eine Veränderung von einer Produkt- und Leistungsschau zu einem Forum für Zukunftsfragen, Zielkonflikte und Lösungsansätze durchlaufen. Themen wie die Nachhaltigkeit in Forstwirtschaft, Tierwohl, regionale Wertschöpfung und Klimaanpassung kämen vor. Die SenMVKU nutze die Grüne Woche für Gespräche mit anderen Ländern der EU, Verbänden und anderen und präsentiere sich als Arbeitgeber. – Die Berliner Forsten setzten den Fokus ihres Standes auf das Thema Erholung im Wald und Umweltbildung. Bei der Themeninsel ZERO gebe es Informationen, wie negative Umweltauswirkungen reduziert würden. – Am 17.03 finde in der Nordischen Botschaft ein Fachdialog zur Umsetzung der Wärmeplanung statt. Der Austausch mit Dänemark sei wichtig, da das Land bereits Erfahrung bei der Wärmewende habe. Ziel der SenMVKU sei es, Ängste zu nehmen. Mit sachlicher Politik und guten Lösungen könne Heizen bezahlbar bleiben. – Am 10. bis 14.03.2026 finde in Berlin der Deutscher Naturschutztag statt. Dort sprächen Fachleute aus Verwaltung, Wissenschaft, Verbänden und Politik alle zwei Jahre über die strategische Weiterentwicklung des Naturschutzes. Berlin als Gastgeberland werde die Veranstaltung nutzen, um seine Vorreiterrolle im Bereich urbaner Naturschutz und biologische Vielfalt sichtbar zu machen und sich fachlich und politisch zu positionieren. Auch die Waldstrategie werde vorgestellt.

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE) fragt nach, wann der Beschluss des Senats zur Wärmeplanung vorliege. – Kopenhagen sei ein Vorbild, da die Stadt bei der Fernwärme aus der Biomassenutzung aussteige.

Staatssekretär Andreas Kraus (SenMVKU) merkt an, dass Berlin bei der CO₂-Reduzierung in der Wärmeerzeugung auf tiefe Geothermie und andere Technologien setze. Biomasse könne eine Lösung für den Übergang oder Nischenbereiche sein. Kopenhagen setze auf die Müllverbrennung. Berlin wolle aber besser sein und setze mehr auf Kreislaufwirtschaft. Die Wärmeplanung sei im Zeitplan.

Linda Vierecke (SPD) fragt nach, ob es beim Naturschutztag auch ein Angebot für junge Menschen gebe. – Was sei der aktuelle Stand der Waldstrategie?

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE) bittet um Klarstellung, ob der Anspruch, besser zu sein als Kopenhagen, bedeute, dass eine geplante Müllverbrennungsanlage am Standort Klingenberg für die Fernwärme ausgeschlossen werde.

Staatssekretär Andreas Kraus (SenMVKU) stellt klar, dass der Senat das Ziel der CO₂-Neutralität technologieoffen erreichen wolle. Daher werde keine sinnvolle Technologie ausgeschlossen. – Im Bereich Naturschutz seien die Lange Nacht des Naturschutzes und das Berufsforum Naturschutz Angebote für junge Menschen. – Die Waldstrategie werde noch im Runder Tisch Wald angesprochen. Der Ausschuss solle noch vor dem Naturschutztag Informationen erhalten.

Der **Ausschuss** schließt den Tagesordnungspunkt ab.

Punkt 3 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0276](#)
UK
Klimaschutzrat: Herausforderungen und Ausblick auf das Jahr 2026
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)
- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0275](#)
UK
Herausforderungen für den Klimaschutz in Berlin 2026 aus Sicht des Berliner Klimaschutzrates
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)

Hierzu: Anhörung

- c) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0215](#)
UK
Herausforderungen für den Klimaschutz in Berlin 2025 aus Sicht des Berliner Klimaschutzrates
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)
- d) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0214](#)
UK
Klimaschutzrat: Herausforderungen und Ausblick auf das Jahr 2025
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 23.01.2025

- e) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0139](#)
Klimaschutzrat: Herausforderungen und Ausblick UK
auf das Jahr 2024
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 11.01.2024

Siehe Wortprotokoll.

Punkt 4 der Tagesordnung

- a) Vorlage – zur Kenntnisnahme – [0272](#)
Drucksache 19/2753 UK
Klimagerechtes Haushalten – Bericht zum
Doppelhaushalt 2026/2027 (Hauptverwaltung)
(auf Antrag der Fraktion Die Linke)
- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0279](#)
Investitionen in Umwelt- und Klimaschutz – Ziele UK
und Vorhaben des Senats
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) erläutert, dass der Bericht Klimagerechtes Haushalten feststelle, dass im Doppelhaushalt 2026/2027 in seiner Gesamtheit relevante Investitionen in den Klimaschutz vorgesehen seien, womit 37 000 Tonnen CO₂ pro Jahr gespart werden könnten. 1,1 Mrd. Euro stünden im Haushalt zur Verfügung, davon 570 Mio. Euro der SenMVKU aus Haushaltsmitteln und Mitteln des Sondervermögen des Bundes. Die Förderprogramme BEK und BENE 2 blieben erhalten, und EU-Fördermittel könnten weiter genutzt werden. Im März 2026 werde ein Bericht an den Hauptausschuss darstellen, wie die BENE-2-Mittel genutzt würden. – Daneben würden über den Klimapakt den Landesunternehmen bis 2030 2,3 Mrd. Euro bereitgestellt, womit diese über Hebeleffekte 13 Mrd. Euro in Klimaschutzmaßnahmen investieren könnten. – Zusätzlich gebe es noch das Sondervermögen für die Umsetzung des Berliner Klimaanpassungsgesetzes mit weiteren 1 Mrd. Euro.

Danny Freymark (CDU) vertritt den Standpunkt, dass der Bericht der Senatorin zeige, dass die Aussagen anderer Fraktionen, dass der Klimaschutz in Berlin gescheitert sei, weil im Kernhaushalt der SenMVKU gekürzt worden sei, nicht korrekt seien. Verzögerungen im Klimaschutz gingen auf Versäumnisse der Vorgängerregierungen zurück, die beispielsweise die Infrastruktur des ÖPNV nicht genug ausgebaut hätten. – Der Besprechungspunkt solle dabei helfen, transparenter zu machen, was bereits für den Klimaschutz gemacht werde.

Benedikt Lux (GRÜNE) bittet, dass der arbeitsreiche und gute Bericht Klimagerechtes Haushalten detaillierter vorgestellt werden solle. – Die 37 000 Tonnen CO₂-Einsparungen pro Jahr seien eine gute Leistung, aber bis 2030 müssten 6,8 Mio. Tonnen CO₂ eingespart werden. Dass bei BENE gekürzt worden sei, obwohl es eine Rendite von 40 Cent gebe, weil die nöti-

gen 60 Cent Eigenmittel nicht bereitgestellt werden könnten, sei ein Offenbarungseid. Der Klimapakt mit den Landesunternehmen sei zwar richtig, aber bislang nur eine Ankündigung. Die Konzentration auf langfristige Investitionen führe zu einem Übersehen von bereits jetzt möglichen und wirksamen Möglichkeiten der CO₂-Einsparung. – Konkret zum Bericht frage er, warum in den Spalten „Klimafolgenanpassung“ und „Geplante CO₂-Einsparung“ von anderen Senatsverwaltungen häufig keine Angaben gemacht worden seien. – Im Bericht fehle auch eine Spalte der erzielten Einsparungen durch Investitionen. Beispielsweise habe die SenWGP Einsparungen im Haushalt vorgenommen, weil vorherige Investitionen zu geringeren Heizkosten geführt hätten. Es sei zu erwarten, dass Investitionen in die Elektrifizierung zu Einsparungen führten. – Hätte die Senatorin Bonde nicht ein Interesse daran haben sollen, dass dieser Bericht noch vor der zweiten Lesung des Einzelplans 07 vorliege? – Da der Bericht sehr umfangreich sei, müsse der TOP für eine ausführliche Besprechung gegebenenfalls vertagt werden.

Vorsitzende June Tomiak schlägt vor, den TOP zu vertagen.

Dr. Michael Efler (LINKE) stimmt zu, dass der TOP in der nächsten Sitzung erneut aufgegriffen werden solle. – Es müsse darauf hingewiesen werden, dass es weiterhin Probleme im Haushalt gebe. Die BIM habe 150 Mio. Euro für Sanierungen zur Verfügung, benötige aber weitere 124 Mio. Euro, um die Klimaziele zu erfüllen. Eine Lösung wäre es, die BIM kreditfähig zu machen. – Bei der Elektrifizierung der Fahrzeugflotten gebe es Fortschritte im Pkw-Bereich, aber Sonderfahrzeuge würden nach wie vor als Verbrenner angeschafft, obwohl es bereits Alternativen gebe.

Senatorin Ute Bonde (SenMVKU) unterstreicht, dass dieser Senat so viel in den Klimaschutz und Klimaanpassung investiere wie kein Senat davor. – Der Bericht sei am 11.11.2025 vor der zweiten Lesung im Hauptausschuss am 26.11.2025 zugestellt worden.

Jens Kendzia (SenMVKU) erläutert, dass der vorliegende Bericht der erste Teil sei und sich auf die Hauptverwaltungen beziehe. Das Ziel sei, schon während des Haushaltsaufstellungsverfahrens darzustellen, welche klimarelevanten Ansätze es gebe. Nach dem Pilotprojekt im Doppelhaushalt 2024/2025 sei für 2026/2027 die Zahl der betrachteten Titel erweitert worden. Erstmals seien auch Aussagen zu Klimaanpassung enthalten. Leere Felder zeigten Maßnahmen, die keine speziellen Effekte auf die Klimaanpassung hätten. Methodische Schwierigkeiten seien eine maßnahmenspezifische CO₂-Abschätzung und die kurzen Fristen innerhalb des Aufstellungsverfahrens. Die Methodik werde aber im Austausch mit nationalen und internationalen Vorreitern weiterentwickelt.

Der **Ausschuss** beschließt, den Tagesordnungspunkt zu vertagen.

Punkt 5 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Klimaschutz und Denkmalschutz
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

[0104](#)
UK

- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Klima- und Denkmalschutz in Berlin – Potenziale
und Zukunftsaussichten**
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der
SPD)

[0248](#)
UK

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 15.05.2025

Vertagt.

Punkt 6 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.